

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 11 (1970)  
**Heft:** 22

**Artikel:** Der Weltkirchenrat antwortet  
**Autor:** Rossel, J.  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1092638>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Der Weltkirchenrat antwortet

In der vorletzten Ausgabe (ZB, Nr. 20, «Briefe») hatten wir eine Leserzuschrift unter dem Titel «Fragen an den Weltkirchenrat» veröffentlicht. Sie ging davon aus, dass das Exekutivkomitee des Weltkirchenrates aus einem «Sonderfonds für den Kampf gegen den Rassismus» insgesamt 200 000 Dollar an Guerillaorganisationen mit Tätigkeit u. a. in Südafrika überwiesen habe, und stellte die Frage, ob der Weltkirchenrat eine Subvention der ukrainischen Guerillaorganisation in Aussicht genommen habe, die ebenfalls für mehr Freiheit und rassische Gleichberechtigung kämpfe. Ferner wurde der Weltkirchenrat gefragt, ob er eine Unterstützung jener

Organisationen beschlossen habe, die den Juden in der UdSSR, einer offensichtlich verfolgten Rasse, beizustehen versuchen. Wir haben, wie angekündigt, diese Fragen dem Exekutivkomitee des Weltkirchenrates vorgelegt. Der Brief wurde von Sr. Blake, Generalsekretär des Oekumenischen Rates der Kirchen, zur Beantwortung an J. Rossel weitergeleitet. Dessen Text veröffentlichen wir hier im Wortlaut. Wir fügen seiner Antwort eigene redaktionelle Anmerkungen bei, in der Meinung, hier ein Diskussionsfeld zu öffnen, das über die im Leserbrief gestellten Fragen hinaus noch sehr viele Frag-Würdigkeiten enthält.

## Zu den Fragen an den Weltkirchenrat

ZB-Leser R. R. meint, es sei nicht Ehrlichkeit, sondern Dummheit, wenn der Exekutivausschuss des Oekumenischen Rates der Kirchen aus seinem Sonderfonds für den Kampf gegen den Rassismus 200 000 Dollar an Organisationen verteilt hat, die den Rassismus unter anderem im südlichen Afrika bekämpfen. R. R. bezeichnet diese Organisationen als Guerillaorganisationen und fragt, ob der Oekumenische Rat der Kirchen nicht auch Guerillaorganisationen unterstützen sollte, die in kommunistischen Ländern kämpfen.

1.

Wir müssen den Sammelbegriff «Guerillaorganisationen» entschieden zurückweisen. Dieser Begriff entstellt den Beschluss des Oekumenischen Rates. Unterstützt wurden 19 Organisationen, die im Kampf gegen den Rassismus für wirtschaftliche, soziale und politische Gerechtigkeit stehen. Diese Organisationen verfolgen ihre Ziele nach Möglichkeit mit gewaltlosen Mitteln. Jedoch sechs dieser Organisationen befinden sich gegenwärtig in militärischen Operationen gegen Portugal verwickelt. Sie haben dem Oekumenischen Rat um Unterstützung gebeten bei der Entwicklung der erforderlichen Infrastruktur der von ihnen kontrollierten Gebiete. Sie haben dem Oekumenischen Rat auch versichert, dass sie die erhaltenen Gelder nur für nichtmilitärische Zwecke gebrauchen werden.

2.

Der Beschluss des Oekumenischen Rates ist ehrlich. Ob er dumm ist, wie R. R. meint? Premierminister Forster hätte kaum so rasch und so heftig protestiert, wenn er die Meinung von R. R. teilte. Durch seinen Beschluss hat der Oekumenische Rat den Organisationen, die den Rassismus bekämpfen, gezeigt, dass sein Herz auf ihrer Seite, der Seite der Unterdrückten, schlägt. 20 Jahre lang hat der Oekumenische Rat Resolutionen gegen den Rassismus verfasst. Im August 1969 in Canterbury hat er beschlossen, zu handeln und einen ansehnlichen Teil seiner ohnehin knapp bemessenen Reserven für die Unterstützung der Organisationen einzusetzen, die den Rassismus bekämpfen. Dieser allgemeine Beschluss, der in einem offenen Brief an alle Mitgliedkirchen erklärt wurde, erregte die Gemüter nicht. Anders die Ausführung des Beschlusses. In Kirchenkreisen wirft man dem Exekutivausschuss oft vor, nicht ausschliesslich Organisationen zu unterstützen, die sich ausdrücklich zur Gewaltlosigkeit bekennen. Es ist gut, wenn in den Kirchen die Frage nach ihrer Haltung gegenüber der Gewalt wieder einmal zur Sprache kommt. Sie haben bis jetzt zuwenig realisiert,

dass ihre offene oder stillschweigende Unterstützung der bestehenden Ordnungen auch Unterstützung der Gewalt mit sich zieht, nämlich derjenigen Gewalt, die notwendig ist, um die bestehende Ordnung aufrechtzuerhalten. Die Kirchen können sich deshalb nicht ohne weiteres die Hände von der Gewalt reinwaschen. Ob sie es wollen oder nicht, sind sie mit der Gewalt, in jedem Fall mit der ordnenden Gewalt des Staates, dem sie angehören, verbunden. Zur Ordnung in dieser Welt gehört ein Minimum von Gewalt in Form von repressiven Massnahmen. Wieviel Repression toleriert werden muss und darf, welche Art Repression zu verwerfen ist, das sind Ermessensfragen, die nicht jeder einzelne Christ für sich selber zu lösen versuchen sollte, sondern die auf der Ebene der christlichen Gemeinden, regional und weltweit, immer wieder erörtert werden müssen.

3.

Der Oekumenische Rat der Kirchen ist zum Schluss gekommen, dass die Ordnungsgewalt im südlichen Afrika — in der Republik von Südafrika, in Rhodesien sowie in den portugiesisch-überseeischen Provinzen Mozambique und Angola — einen Grad der Repression erreicht hat, der für die schwarze Bevölkerung unerträglich ist und die Unterstützung der Unterdrückten erfordert. Die Redaktion von ZB beschreibt sie präzise: «Herrschaft einer bestimmten Schicht, in diesem Fall der Weissen, über die anderen Schichten bedeutet ebenfalls eine Diktatur (hier eben rassischen Typs), auch wenn innerhalb dieser Schicht demokratische Spielregeln bestehen mögen.»

4.

R. R. fragt, ob der Oekumenische Rat im Blick auf unterdrückte Minderheiten in den kommunistischen Ländern nicht ähnlich handeln sollte wie für die Unterdrückten im südlichen Afrika. Der Oekumenische Rat hat gegen den Einmarsch der Russen in die Tschechoslowakei mit aller Deutlichkeit protestiert. Seit jeher verfolgt er die Situation in kommunistischen Ländern mit Wachsamkeit wie in andern Gebieten, jedoch muss er Prioritäten aufstellen, und er gibt heute Priorität dem Kampf gegen den weissen Rassismus. Einmal aus menschlichen Gründen, weil es um das Selbstbewusstsein der gesamten schwarzen Rasse geht, besonders in den Vereinigten Staaten, England und im südlichen Afrika. Das südliche Afrika umschliesst Angola, Mozambique, Rhodesien, Betschuanaland, Südwestafrika und Südafrika. Das ist ein Gebiet von 4 200 000 Quadratkilometer mit einer Bevölkerung von etwa 36 Millionen Schwarzen, die von etwa 4 Millionen Weissen beherrscht werden. Zweitens hat der Kampf gegen den weissen Rassismus für

den Oekumenischen Rat Priorität aus Gründen christlicher Glaubwürdigkeit. Die Christen müssen ihre Solidarität beweisen mit den Menschen, die heute für ihre elementarsten Menschenrechte kämpfen. Sollten die westlichen weissen Christen, die heute noch die Mehrheit aller Christen in der Welt ausmachen, aus strategischen Gründen, weil das südliche Afrika von vielen angesehen wird als ein notwendiges Bollwerk gegen die Expansion der sowjetrussischen und chinesischen Macht, sich stille verhalten und sich weiterhin damit begnügen, ihren Glauben an die Einheit der Menschheit in Christus mit den Lippen zu bekennen?

J. Rossel

## Der Kommentar

Von Christian Brügger

Der Sinn des fragstellenden Leserbriefes, zum mindesten aber der Sinn seiner Veröffentlichung durch das «ZeitBild», war es in erster Linie, darüber Auskunft zu heischen, ob der Weltkirchenrat die grossen Diktaturen kommenden Typs ebenso konsequent bekämpfe wie die kleinen Diktaturen aussterbenden Typs. Konkret gesagt, Auskunft darüber, ob er in seinem Kampf gegen die Diktatur von der kommunistischen Diktatur absehe, deren Repression in globaler Betrachtung sowohl quantitativ als auch qualitativ die grösste unserer Zeit ist.

I.

Das ist das zentrale Thema, zu dem ich abschliessend Stellung nehmen will. Bezüglich anderer und durchaus wichtiger Fragenkomplexe, die der Brief von J. Rossel aufwirft, kann ich mich in diesem Zusammenhang agnostischer verhalten, um so mehr, als dies meiner persönlichen Haltung in Glaubensfragen entspricht.

Als relativ unwichtig erachte ich es allerdings, bei den geschilderten Gegebenheiten einen Streit über die Bezeichnung «Guerillaorganisation» zu führen. Ich habe bei der ursprünglichen Einsendung keine Anmerkung darüber gemacht, ob der Begriff einer ukrainischen «Untergrundorganisation» nicht tatsächengerechter wäre als der Begriff einer ukrainischen «Guerillaorganisation», weil es ja offensichtlich um die Konsequenzen des Verhaltens zur Auflehnung gegen Repression ging und nicht um die Art von Kampf-